



Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012–2016

16. Sitzung vom 26. Mai 2014

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30–23.08 Uhr

Leitung: Stefan Kaiser

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: R. Ewald, S. Inäbnit, S. Keller

Präsident:

Stefan Kaiser

Protokoll:

Sandra Sprecher

Mitteilungen des Präsidenten:

Stefan Kaiser begrüsst die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Vertreter der Presse und die anwesenden Binningerinnen und Binninger. Es freut ihn, dass so viele Einwohner/innen erschienen sind. In Anbetracht der emotionalen Themen, die heute besprochen werden, weist der Präsident die Gäste auf diverse Regeln hin. Nicht erlaubt sind Foto-, Film- und Tonaufnahmen während der Sitzung sowie verbale Unmutsbekundungen.

Es haben sich Susanna Keller, Roy Ewald und Sven Inäbnit entschuldigt.

Somit sind 37 Einwohnerrätinnen und -räte anwesend. Absolutes Mehr: 19; Qualifiziertes Mehr: 25.

Stefan Kaiser heisst Bettina Benthous Häfliger, SP, an ihrer ersten Sitzung willkommen und gibt den Rücktritt von Katrin Bartels, CVP/GLP, bekannt.

Die eingegangenen Anfragen, die am Schluss der Sitzung beantwortet werden, werden verlesen. Zum Postulat 116 wird keine Stellung genommen.

Geschäft Nr. 122: Dringlichen Interpellation G. Vetsch/S. Abt, SP: Besorgniserregende Medienberichte über das Altersheim Schlossacker:

Simone Abt, SP, bittet, die Dringlichkeit aus aktuellem Anlass zu unterstützen. Die Fragen könnten zeitgleich mit der Anfrage von Urs Weber beantwortet werden und somit die Thematik pragmatisch behandelt werden.

ABSTIMMUNG über die Dringlichkeit der Dringlichen Interpellation G. Vetsch/S. Abt, SP: Besorgniserregende Medienberichte über das Altersheim Schlossacker:

Die Interpellation grossmehrheitlich für dringlich erklärt.

Markus Ziegler, FDP, beantragt die Verschiebung des Traktandums 7 auf die nächste Sitzung wegen Krankheit des Postulanten.

Grossmehrheitlich angenommen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 7.4.2014	
2. Ersatzwahl eines Mitglieds in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016	114
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.5.2014: Haushaltsüberprüfung (HÜP) Geschäftskreisführung: Mike Keller	112
4. Zwischenbericht / Antrag der Spezialkommission Werterhaltung Schloss Binningen vom 24. April 2014: Investitionsausgabe von CHF 292 600 für die Werterhaltung des Binninger Schlosses Geschäftskreisführung: Mike Keller	77
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.5.2014: Investitionsausgabe von CHF 0,23 Mio. für Strassensanierungsarbeiten am Schafmattweg Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	113
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.5.2014: Motion GRPK: Abschaffung WoV: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Mike Keller	101
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.5.2014: Postulat S. Inäbnit, FDP: Einsitznahme von Exekutivmitgliedern und Verwaltungs- angehörigen in Institutionen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Mike Keller	97
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.5.2014: Interpellation D. Zimmermann, FDP: Senkung der TV-Empfangsgebühren Kabelnetz InterGGA Binningen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	99
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.5.2014: Postulat R. Bänziger: Urban Farming in Binningen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	102
10. Diversa	

Genehmigung des Protokolls vom 7.4.2014

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 114

Ersatzwahl eines Mitglieds in die Bau- und Planungskommission

für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

Gaida Löhr: Die SP schlägt Philippe Spitz als Mitglied und Bettina Benthaus Häfliger als Ersatzmitglied der BPK vor.

ABSTIMMUNG

Stille Wahl

BESCHLUSS

- ://: 1. Für die restliche Amtsperiode wird Philippe Spitz, SP, in die Bau- und Planungskommission gewählt.
2. Für die restliche Amtsperiode wird Bettina Benthaus Häfliger, SP, als Ersatzmitglied in die Bau- und Planungskommission gewählt.
-

Traktandum 3

Nr. 112

Haushaltsüberprüfung (HÜP)

EINTRETEN

Christoph Maier bedankt sich im Namen der FDP für die Vorlage, die der Einwohnerrat vom Gemeinderat verlangt hatte. Jede der 116 vorgeschlagenen Massnahmen ist mit einem Preisetikett versehen worden, teilweise wurde die Umsetzung vom GR beschlossen, teilweise werden sie von ihm zur Umsetzung empfohlen.

Für die FDP-Fraktion stehen drei Ziele im Vordergrund: Sie will eine Schuldenwirtschaft vermeiden, strebt also einen langfristig ausgeglichenen, nachhaltigen Haushalt an. Dabei dürfen die Ausgaben nicht in den Himmel wachsen und Steuerausfälle einfach hingenommen werden.

Zweitens soll ein hochstehender Service publique weiterhin Standard sein. Die Leistungen für die Bevölkerung sollen auf einem hohen Niveau aufrechterhalten werden, weil dies die Attraktivität der Gemeinde zu einem guten Teil bestimmt. Dabei ist aber klar, dass es den Service publique nicht zum Nulltarif gibt.

Als Drittes soll Binningen auch von der Steuerbelastung her eine attraktive Gemeinde bleiben. Nur ein moderater Steuerfuss kann sicherstellen, dass diejenigen Steuerzahler, die den Service publique zu einem wesentlichen Teil finanzieren, weiterhin in Binningen wohnen wollen.

Die FDP-Fraktion ist bereit, sich mit allen vom Gemeinderat vorgeschlagenen Massnahmen im Detail auseinanderzusetzen und vorsichtig abzuwägen, auf welche Dienste in Zukunft verzichtet werden muss und wo künftig zusätzliche Einnahmen generiert werden müssen (für welche Dienstleistungen muss der Benutzer einen höheren Beitrag leisten). Die FDP ist sich im Klaren, dass auch nach der politischen Diskussion aufgrund der Ausgabenentwicklung ein Fehlbetrag bleiben wird. Dieser muss dann mit einer Steuererhöhung gedeckt werden. Auch dafür bietet die Partei Hand.

116 Massnahmen können nicht an einer Einwohnerratssitzung besprochen werden. Eine seriöse Betrachtung der Massnahmen wäre nicht möglich. Deshalb beantragt die FDP, das Geschäft in die GRPK zu überweisen.

Das Büro des Einwohnerrats hat beschlossen, dass Gemeindepräsident Mike Keller kurz erklärt, was in welcher Kompetenz liegt.

Gemeindepräsident Mike Keller: Im Januar 2014 hat der ER das Budget 2014 verabschiedet. Die Folie (siehe Anhang I-III) zeigt die Ausgangslage, welche die Diskussionsbasis war. Der Einwohnerrat hat den Antrag des Gemeinderats für eine Steuererhöhung von 46 auf 49 Prozent abgelehnt und beschlossen, das Defizit aus dem Eigenkapital zu finanzieren. Dem Gemeinderat wurde der Auftrag erteilt, bis im Mai ein Sparpaket in der Grössenordnung von 2–3 Millionen vorzulegen. Weiter soll sich der Gemeinderat für die Gemeindeinitiative der Pensionskasse wie auch für die Gemeindeinitiative vom kantonalen Finanzausgleich zu engagieren, um auch dort für die Finanzen von Binningen eine möglichst gute Ausgangslage zu schaffen.

Weiter hat der Einwohnerrat beschlossen, dass das Thema Steuerfuss mit dem Budget 2015 wieder auf den Tisch kommt. Bis dann sollte klar sein, was die Haushaltüberprüfung bringen könnte.

Bei der Haushaltsüberprüfung hat sich der Gemeinderat sämtliche Aufgaben und sämtliche Leistungen angeschaut. Dabei ist wichtig, dass bei allem, was erbracht wird, unterschieden wird zwischen sogenannten gebundenen und ungebundenen Leistungen. Gebundene Leistungen sind vor allem Sachen, die durch kantonale und eidgenössische Gesetze/Verordnungen vorgegeben sind. Hier ist der Handlungsspielraum sehr klein. Der kleinere Teil von Binningens Ausgaben (Grössenordnung 8 Mio.) machen die ungebundenen oder freiwilligen Leistungen aus. In diesem Bereich kann die Gemeinde selber beschliessen und nach Einsparmöglichkeiten suchen oder zusätzliche Einnahmen generieren. Auf der Grafik (Anhang II) ist augenfällig, dass der grösste Handlungsspielraum im Bereich Kultur, Sport und Freizeit besteht. Damit lassen sich verschiedene Massnahmen des Sparpakets erklären.

Zu den Kompetenzen und Massnahmenumsetzungen: Der Einwohnerrat hat die sogenannte Budgethoheit. Das heisst, der Einwohnerrat kann immer und abschliessend über alle finanziellen Belange beschliessen. Das bedeutet weiter, dass der Einwohnerrat auch über die vom GR beschlossenen Massnahmen befindet. Alle Massnahmen haben letztlich budgetrelevante Auswirkungen. Der ER kann auch über die Massnahmen befinden, die der GR als Handlungsspielraum ohne entsprechende Beschlüsse aufzeigt.

Es gibt eine Auflistung von möglichen Massnahmen, die im Entscheidungsbereich des Einwohnerrats liegen, über die er debattieren und Beschlüsse fällen wird.

Die Massnahmen, die im Einwohnerrat beschlossen werden, werden frühestens anfangs 2015 umgesetzt, sofern seitens des Volkes keine Referenden gegen die Entscheide des ER ergriffen, oder gegen Beschlüsse des GR, die der ER gutgeheissen hat, keine Initiativen eingereicht werden.

Solange die politische Diskussion läuft, wird nichts umgesetzt. Viele der Massnahmen brauchen ein Zeitfenster zur Vorbereitung, sollten sie umgesetzt werden müssen. Die jetzt gestartete politische Diskussion wird aufzeigen, wie und in welchem Ausmass der Finanzhaushalt optimiert werden kann; beziehungsweise, um wieviel der Steuerfuss hinterher angepasst werden muss.

Gaida Löhr, SP: Seit Jahren hören wir von bürgerlicher Seite, dass Standortvorteil ein möglichst tiefer Steuersatz bedeutet. Was die Bevölkerung mehr interessiert – eine Steuererhöhung oder Einsparungen am Dienstleistungssystem – zeigt sich an der Anzahl Einwohner/innen, die heute anwesend sind. Das heisst nicht, dass alle gerne mehr Steuern bezahlen wollen – auch die SP nicht. Doch es scheint, dass die Zuhörer/innen und die SP lieber mehr Steuern bezahlen, als auf gewisse Leistungen zu verzichten. Gaida Löhr stört das Märchen, man sei in einer Finanzkrise. Vor 15 Jahren hatte Binningen einen Steuerfuss von 56 Prozent. Muttenz, Pratteln, Liestal, Allschwil und Münchenstein bezahlen heute noch gleich viel oder mehr. Dank ein paar sehr guten Steuerzahlern konnte Binningen die Steuern in mehreren Schritten um 10 Prozent senken. Es war schon immer klar, dass die komfortable Situation mit den guten Steuerzahlern begrenzt sein wird. Anstatt sich über die zehn Jahre zu freuen, in denen man profitiert hat, wird jetzt, wo es vorbei ist, lamentiert.

Als im 2005 die Steuern zum letzten Mal gesenkt wurden, knüpfte die SP die Bedingung daran, dass dies auf drei Jahre befristet ist. Im 2008 hat der Gemeinderat mit 48 % budgetiert und im 2009 hat er angekündigt, man müsse auf 60 % erhöhen. Obwohl sich im Nachhinein gezeigt hat, dass das übertrieben war, ahnte man damals schon, dass die goldenen Zeiten zu Ende gehen. Das Ganze kommt also nicht überraschend. In den vergangenen fünf Jahren haben der GR und die SP immer wieder darauf hingewiesen, dass Vorsicht geboten ist und die Steuern rechtzeitig erhöht werden müssen.

In den letzten Jahren wurden nicht nur Steuern gesenkt, sondern auch Sparmassnahmen diskutiert (KAP) und aus Sicht der SP wurde am falschen Ort gespart. Dass die Ausgaben trotzdem gestiegen sind, ist den verschiedenen neuen gebundenen Leistungen geschuldet.

Heute geht es um eine Absichtserklärung aller, damit der Gemeinderat weiss, wie er budgetieren muss. Die definitiven Entscheide werden mit dem Budget im Dezember gefällt. Die SP ist der Meinung, dass das Geschäft nicht in eine Kommission überwiesen werden muss. Eine Kommissionsberatung ist nötig, wenn die Details genauer angeschaut werden sollen oder die ganze Vorlage etwas verändert werden soll. Hier ist das nicht der Fall. Zu den vorliegenden 116 Fragen gilt es 116 Mal JA oder NEIN zu sagen. Nach Ansicht der SP ist es Zeit- und Geldverschwendung, wenn 15 Leute hinter verschlossenen Türen beraten und in einem Bericht aufzeigen, wie die Mehrheit 116 Mal entschieden hat, das Geschäft dann nochmals in den Einwohnerrat kommt, wo sich die Leute, die sich nicht durchsetzen konnten, nochmals wehren.

Heute, wo so viele Binninger/innen im Saal sind, die wissen wollen, worum es geht, gilt es, Farbe zu bekennen und zu sagen, was man behalten und worauf man in Zukunft verzichten will. Gaida Löhr denkt, dass es für die Leute frustrierend wäre, wenn sie nach dem heutigen Abend nur wissen, dass der Einwohnerrat die Sparmassnahmen in einer Kommission beraten wird. Die SP ist bereit, heute klar Stellung zu nehmen. Sie ist bereit, zu sagen: Ja, wir wollen das Jugendhaus zum vollen Tarif ins Budget nehmen. Ja, wir wollen das Wisli weiterhin. Etcetera. Die SP beantragt eine Direktberatung und möchte, dass die Parteien klare Absichtserklärungen zum Steuersatz abgeben. Es geht darum, dass der Gemeinderat weiss, worauf er sich beim Budgetprozess stützen soll.

Anand Jagtap: Die *Grüne/EVP* bekennt sich ohne Wenn und Aber zur Gemeinde. Dazu gehört ein guter Service publique – einer, der dieser doch wohlhabenden Gemeinde entspricht. Das macht Binningen für die Bevölkerung lebenswert.

Der Gemeinderat hat einen Auftrag des Einwohnerrats erfüllt. Es steckt viel Arbeit des GR und der Verwaltung dahinter, wofür sich die Partei bedankt. Der Auftrag wurde allerdings nicht so erfüllt, wie sie es sich gewünscht hätte. Es fehlt die politische Wertung. Man hätte sich eine aktivere Rolle des Gemeinderats gewünscht. Die Vorlage besteht aus einem bunten Sammelsurium von Sparvorschlägen. Es bleibt unklar, ob dies das gemeinderätliche Sparpaket oder eine Auswahl lockerer Ideen ist. Da der GR die Massnahmen beschlossen hat, geht er davon aus, dass die Vorlage in der vorliegenden Form verwirklicht wird. Auch die Bevölkerung geht davon aus, dass das Paket sofort und 1:1 umgesetzt wird. Vielleicht gehört dies alles zur Taktik des Gemeinderats, auch wenn er diese Lesart mehrfach öffentlich zurückgewiesen hat. Wenn es nicht Taktik ist, kann es fast nur Blauäugigkeit sein, zu glauben, dass dieses

Paket umgesetzt werden kann. Aus Sicht der Grünen/EVP ist das Schlimmste daran, dass er damit einen massiven Imageschaden in Kauf nimmt. Der Gemeinderat übernimmt die Verantwortung für die Gemeinde, das Management und letztlich für die Bevölkerung Binningens. Eine Verantwortung, die die Fraktion zu wenig gespürt hat, weil ein politisch ausgewogenes und letztlich umsetzbares Paket hätte vorgelegt werden müssen. Stattdessen steht man vor einem Scherbenhaufen, die Bevölkerung ist verunsichert und der Ball wird dem Einwohnerrat zugeschoben. Diesen nimmt die Grünen/EVP gerne auf und legt dar, worauf sie nicht verzichten möchte: Das Hallenschwimmbad, Vertrag mit Bottmingen und Oberwil betr. Gartenbad, das Jugendhaus, die Ferienhäuser in Adelboden und Wisli sowie das Klassenmusizieren.

Die Grünen/EVP stellt den Antrag, die Haushaltüberprüfung zurückzuweisen, weil sie unvollständig und damit als Grundlage für den weiteren politischen Prozess ungeeignet ist. Wichtige laufende Projekte wie die Immobilienstrategie oder das Parkbewirtschaftungskonzept fehlen. Was passiert beispielsweise mit dem Schloss, für das jährlich 400 000 Franken nur für den Unterhalt aufgewendet wird? Warum hat Binningen nicht schon längst eine Parkraumbewirtschaftung wie andere vergleichbare Gemeinden? Die HÜP enthält nur im gesetzlich ungebundenen Teil des Budgets Vorschläge. Bekanntlich ist der gebundene Teil viel grösser und auch dort können Aufgaben neu organisiert oder neu vergeben werden und damit längerfristig Einsparungen gemacht werden.

Die Haushaltsüberprüfung beinhaltet auch Punkte, die eigentlich in die interne Budgetbereinigung gehören. Wenn erst jetzt festgestellt wird, dass gewisse Budgetposten regelmässig nicht ausgeschöpft werden und deshalb reduziert werden können, hinterlässt dies keinen guten Eindruck. Der Druck muss also aufrechterhalten werden. Allem Anschein nach wurde die Vorlage von wenigen Personen am Schreibtisch entwickelt. Die Mitarbeitenden und Partnerorganisationen sind durchaus gewillt, sparen zu helfen. Dafür müssen sie jedoch miteinbezogen werden, was laut Rückmeldungen nicht überall der Fall war. Der vorgeschlagene Sparkatalog ist unausgewogen. Die Massnahmen betreffen fast ausnahmslos Dienstleistungen, die Binningen ausmachen und von denen ein grosser Teil der Bevölkerung direkt betroffen ist. Die Fraktion möchte eine Vorlage, die die unterschiedlichen Zielgruppen gleich stark trifft – Stichwort Opfersymmetrie. Sie sieht keine wirklichen Einsparungen sondern nur Dienstleistungsabbau. Binningen leistet sich anscheinend lieber weiterhin teure Strassenprojekte und schliesst dafür das Hallenbad. Wie so oft bei Sparübungen wird das Problem nur verlagert und auch wer in der Prävention spart, spart langfristig nicht wirklich.

Die Grünen/EVP stellt den Antrag, die Vorlage mit folgenden Aufträgen an den Gemeinderat zurückzuweisen:

1. Das Ergebnis der Immobilienstrategie, Zukunft Schloss und leerstehende Liegenschaften, Parkraumbewirtschaftungskonzept und Mehreinnahmen analog Referenzgemeinden sind fester Bestandteil der HÜP. Ausserdem soll beim Strassenbau (Stichwort Qualitätsniveau) gespart werden.
2. Es sollen Massnahmen aufgeführt werden, die aufgrund von Effizienzsteigerung, Neuorganisation oder Neuausschreibung bestehender Aufgaben zustande kommen (und nicht aufgrund von Abbau bestehender Leistungen). Auch der gesetzlich gebundene Teil der Aufgaben sowie die Mitarbeitenden und Partner sind miteinzubeziehen.
3. Das Hallenbad, der Vertrag mit Bottmingen und Oberwil über das Gartenbad Bottmingen, das Jugendhaus, die Ferienhäuser Adelboden und Wisli, das Klassenmusizieren und nachweislich wirksame Präventionsarbeit werden nicht für den Abbau vorgeschlagen. HÜP wird fest in den kommenden Budgetprozess integriert und wird mit der dringend nötigen Steuererhöhung verbunden.

Christoph Anliker, SVP: Die Fraktion ist froh, dass sie durch den Auftrag des Einwohnerrats an den GR einen ersten Einblick erhält, was ein Sparpaket bedeutet. Die SVP ist der Meinung, dass dieses noch nicht abschliessend ist. Wo sind beispielsweise Massnahmen zum Schloss, den Liegenschaften, den Strassen... Zudem fehlen Massnahmen zu den gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben. Die Gemeinde hat zwar einen Auftrag bspw. vom Kanton, bestimmt aber selber, ob dieser als Luxuslösung oder den Mindestanforderungen entsprechend erfüllt wird. Was der Gemeinderat bereits beschlossen hat, kann der

Einwohnerrat nur über das Geld beeinflussen. Die SVP will den Handlungsspielraum bei gewissen Posten (wie z.B. der Schliessung des Hallenbads) nicht ausnützen. Beim Langsamverkehr hingegen könnte sie den GR unterstützen.

Die SVP möchte das Geschäft in eine Kommission überweisen, weil sie es nicht als zielführend erachtet, sich am heutigen Abend durch 116 Massnahmen zu arbeiten. In einer Kommission hat man mehr Zeit, die einzelnen Massnahmen zu diskutieren und die Leistungen zum richtigen Preis zu vereinbaren.

Alexander Huber, CVP/GLP, ist des Themas Steuern langsam müde, denn eigentlich ging es darum, Optionen zu haben, um für Binningen die besten Lösungen zum Sparen zusammenzustellen. Für die CVP/GLP-Fraktion war es im Januar nicht die richtige Lösung, mittels Steuern mehr Geld zu generieren, weil es halt der einfachste Weg ist. Es ist die Aufgabe des Einwohnerrats, für Binningen gute Lösungen zu erarbeiten – jetzt ist man mitten im Prozess. Und auch jetzt sucht die Fraktion den Schlüssel des Problems nicht in einer Steuererhöhung. Sie will die besten Optionen erarbeiten. Es musste lange auf einen Massnahmenkatalog gewartet werden, doch jetzt kann man sich in die Arbeit stürzen. Das Problem ist nur, dass es nicht wirklich griffige Anhaltspunkte gibt. Auch die CVP/GLP ist nicht bereit, das Hallenbad zu schliessen, doch sie möchte gerne mehr Details zu den einzelnen Punkten wissen. Die Fraktion ist der Überzeugung, dass die beste Diskussion in der GRPK geführt werden kann. Deswegen ist sie für die Überweisung des Geschäfts in die GRPK.

CVP/GLP: Katrin Bartels schliesst sich dem von der FDP vorgetragenen Dank für die Vorlage an. Trotzdem, dass viel Arbeit investiert wurde, gibt es Fragen und Kritikpunkte. Die Vorlage ist bezüglich der Handlungsspielräume sehr unvollständig. Es ist schwierig einzuschätzen, welche Vorschläge reine Provokation sind, welche ernst gemeint und welche nicht enthalten sind, weil sie vielleicht zwar erwogen, doch letztlich abgelehnt wurden. Aus diesem Grund ist es schwierig, mit dieser Vorlage zu arbeiten. Der Gemeinderat teilt mit, dass er auf Pauschalkürzungen verzichtet, liefert dazu jedoch keine Begründung. Ausserdem ist für ihn das Kriterium, ob etwas durch den Einwohnerrat zu entscheiden ist oder nicht, ob der Leistungsauftrag geändert werden muss. Zu Recht weist der GR darauf hin, dass er noch keine neuen Leistungsaufträge formuliert hat, weil er noch nicht weiss, wohin die Reise geht. Doch der ER muss über die Leistungsaufträge und das Budget entscheiden. Eine Möglichkeit wäre gewesen, die aktuellen Leistungsaufträge aufzuführen. Katrin Bartels zitiert die übergeordneten Ziele für den Bereich Freizeit und Sport und meint, dass heute schon klar ist, dass man von diesen Zielen nicht abweichen will.

Es stehen zwei Handlungsoptionen im Raum: Die FDP will das Geschäft in der GRPK beraten und die Grüne/EVP will es zurückweisen. Der Rückweisungsantrag der Grüne/EVP ist mit spezifischen Leitlinien versehen, um den vielen anwesenden Gästen Antworten mitzugeben. Die CVP/GLP schlägt eine Mischung vor, nämlich der GRPK die offensichtlich den Leuten am Herzen liegenden Leitlinien in die Debatte mitzugeben. Das heisst, dass die HÜP für die Jungen und die Alten, für die Reichen und die Ärmern, für Männer wie für Frauen bezüglich der Opfer der Dienstleistungen und im Bereich der Opfer beim eigenen Personal ausgewogen sein muss. Selbstverständlich gehört die Steuererhöhung als die Kehrseite der Medaille auch dazu. So kann eine Opfersymmetrie erreicht werden.

Die CVP/GLP ist der Meinung, dass die Vorlage eher eine Provokation als eine wirklich brauchbare Zusammenstellung ist. Trotzdem ist sie bereit, die Provokation anzunehmen und schliesst sich dem FDP-Antrag für eine Überweisung in die GRPK an. ABER sie möchte heute Leitlinien beschliessen, weil schon bei Einigem offensichtlich ist, dass es nicht gewünscht ist.

Katrin Bartels weist auch darauf hin, dass „gebunden“ nicht heisst, dass etwas genau gleich gemacht werden muss wie letztes Jahr. „Gebunden“ heisst, dass die Zielsetzung definiert ist, doch nicht wie oder durch wen man es macht, ist nicht definiert. Ob Binningen eine Gemeindepolizei hat oder einen Vertrag mit dem Kanton, bei dem von Synergien profitiert werden kann, ist nicht definiert. Laut eigenen Aussagen hat der Gemeinderat eine Auslegeordnung aller freiwilligen Aufgaben erstellt. Die Rednerin findet es etwas kurios, dass der 24-Stunden-Pikettdienst in keiner Art und Weise zur Disposition steht, das

Jugendhaus jedoch schon. Vielleicht war der Pikettdienst im Gespräch und wurde dann doch nicht ins Massnahmenpaket aufgenommen. Die GRPK wäre in diesem Fall der richtige Ort, um die Gründe dafür zu erläutern.

Roger Moll, parteilos: Den Voranschlag 2014 hat der Einwohnerrat im Dezember 2013 zurückgewiesen und am 27. Januar 2014 wurde über den Zusatzbericht des Gemeinderats diskutiert. Damals hat das Plenum einen Kompromissantrag der Parteilosen für eine Steuerfusserhöhung um 2 Prozent abgelehnt. Heute liegt ein Sparpaket mit 116 Massnahmen vor. Der Service publique in Binningen hatte bis jetzt ein hohes Ansehen. Mit diesen 116 Positionen wird er stark strapaziert. Es muss gespart werden, doch darf auch nicht mehr ausgegeben werden als eingenommen wird. Das heisst, dass trotz 166 Sparmassnahmen dennoch eine Steuererhöhung möglich sein muss. Auch die Parteilosen haben festgestellt, dass sowohl bei den ungebundenen als auch den gebundenen Kosten zusätzliche Massnahmen möglich sind. Deshalb werden die Parteilosen für die nächste Einwohnerratssitzung entsprechende Vorstösse zu den Themen einreichen.

Eine Schliessung des Hallenbads ist für sie kein Thema. Die nötigen Einnahmen des Hallenbads sind nicht detailliert deklariert. Auch die Kosten für eine nochmalige – ihres Erachtens unnötige – Sanierung liegen ebenfalls nicht vor. Das Bad wurde 1997 totalrenoviert. Es kann nicht sein, dass für die Sicherstellung der Betriebstüchtigkeit eines solchen Gebäudekomplexes Millionen nötig sind. Es sind einzelne Sachen, die überholt werden müssen.

Politik besteht grundsätzlich aus Kompromissen und auch der Einwohnerrat ist dazu verpflichtet, Kompromisse zu schliessen. Die Parteilosen finden es richtig, dass das Geschäft in eine Kommission geht. Sie regen an, nach Vorliegen der Resultate der Kommission (frühestens im August) eine separate Einwohnerratssitzung mit dem Thema Haushaltsüberprüfung abzuhalten. Dies würde der Seriosität dieses Parlaments entsprechen.

Markus Ziegler, FDP, möchte kurz zwei, drei Punkte der laufenden Debatte reflektieren. Vorgängig will er aber noch auf die launige und angriffslustige Rede der SP-Fraktionsvorsitzenden eingehen, die den ganzen Saal quasi als SP-Mitgliederversammlung deklariert hat. Vielleicht muss der Partei in Erinnerung gerufen werden, wie die Mehrheitsverhältnisse des Gremiums sind, von welchem man diesen Vorschlag erhalten hat.

Es wird immer wieder über die unglaublichen Einbrüche bei den Einnahmen gesprochen. Das Wachstum der Einnahmen hat sich tatsächlich verlangsamt, doch wie bereits an der Budgetdebatte erwähnt, stiegen die Steuereinnahmen in den letzten vier Jahren um vier Prozent. In der gleichen Zeitspanne sind die Ausgaben um 20 Prozent gestiegen. Das Problem besteht auf der Ausgabenseite. (Der Personalaufwand stieg beispielsweise in derselben Zeit um 13 Prozent). Es liegt also nicht allein an den Steuereinnahmen. Binningen hat eine Schere von Einnahmen und Ausgaben, die auseinandergeht und jetzt ist der Zeitpunkt, das zu diskutieren.

Wenn nur die ungebundenen acht Millionen für Sparmassnahmen in Betracht gezogen werden, wird es verständlicherweise eng. Markus Ziegler bedauert, dass sich der Gemeinderat nicht auch den gebundenen Ausgaben zugewendet hat. Ein kleines Beispiel: Wenn alles so gebunden wäre und die Gemeinden von Schönenbuch bis Ammel alles genau gleich machen würden, würden sie pro Kopf gleich viel ausgeben. Das tun sie aber nicht. Das heisst, dass es auch bei diesen Ausgaben einen Spielraum gibt und der Redner erwartet von einer seriösen Diskussion, dass auch dort der Hebel angesetzt wird.

Betreffend Antrag auf Beratung in einer Kommission: Markus Ziegler versteht, dass die Anwesenden gerne eine politische Debatte um einzelne Punkte sehen würden, doch ist teilweise relativ wenig Fleisch am Knochen. Das Ganze muss seriös angeschaut werden, damit seriöse Entscheide gefällt werden können. Diskussionen und vor allem Entscheide am heutigen Abend wären höchst unseriös. Aus diesem Grund bittet Markus Ziegler darum, das Geschäft an eine Kommission überwiesen wird.

SP: Gaida Löhr bedankt sich nachträglich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Vorlage. Sie hat Sympathien für das Votum der Grünen, da es genau die Positionen sind, die auch die SP als mögliche Sparposten im Auge hat. Doch die SP ist der Ansicht, dass das Geschäft deswegen nicht zurückgewiesen werden muss, sondern man dem Gemeinderat den Auftrag erteilen kann, dass er etwas nachliefert. Ansonsten kann es in den Budgetprozess genommen werden. Es ist bekannt, dass ein Teil der Sachen bereits in Kommissionen beraten wird.

Alexander Huber hat bemerkt, dass Private auch nicht einfach eine Lohnerhöhung verlangen können, sondern sparen müssen, wenn das Geld nicht reicht. Das stimmt. Doch wenn man genug verdient, spart man, indem man Geld zur Bank bringt. Binningen hat das nicht getan, sondern hat die Steuern gesenkt. Das heisst, der Lohn wurde quasi zurückgegeben, was ein Privater auch nie tun würde.

Die Rednerin stimmt allen zu, die sagen, dass bei den gebundenen Ausgaben noch etwas zu machen ist. In der GRPK wurden auch entsprechende Vorschläge gemacht. Hier ist Gaida Löhr der Meinung, dass es nicht darum geht, einen Service aufzugeben, sondern zu schauen, ob man ihn billiger gestalten kann. Diese Dinge genau anzuschauen erachtet sie als Kommissionsarbeit, dies sollte in der GRPK gemacht und das Resultat wieder in den Einwohnerrat gebracht werden.

Kompromisse sind in der Politik wichtig, doch es gibt keine halbes Jugendhaus, kein halbes Wisli, kein halbes Hallenbad. Hier gibt es keinen Kompromiss, nur JA oder NEIN.

Als kleine Randbemerkung fügt Gaida Löhr noch an, dass heute beileibe nicht nur SP-Mitglieder im Saal sitzen, doch selbstverständlich alle bei der Partei willkommen sind...

Stephan Glaser, parteilos, stellt in Anbetracht der zahlreichen Anwesenden den Antrag, dass darüber abgestimmt wird, ob das Hallenbad geschlossen wird oder nicht.

Simone Abt, SP, plädiert dafür, dass auch über das Wisli und das Jugendhaus abgestimmt wird.

Gaida Löhr, SP, weist darauf hin, dass ein paar Sachen im Fokus stehen (u.a. das Klassenmusizieren und die Erwachsenenbildung) und möchte, dass auch darüber abgestimmt wird.

SP: Severin Brenneisen schliesst sich den beiden Vorrednerinnen an.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Da alle Fraktionen zugegeben haben, dass Vieles fehlt oder nicht ist, dass bei Einigem nicht gespart, sondern verlagert wird, bringt sie den Rückweisungsantrag der Grünen/EVP nochmals zur Sprache. Sie weist darauf hin, dass weder die Nachhaltigkeit der Massnahmen noch die Folgekosten bei der Streichung aufgezeigt werden. Die Fraktion hält am Rückweisungsantrag fest, weil der Gemeinderat in der Verantwortung ist, diese fehlenden Informationen zu liefern.

FDP: Markus Ziegler hat ein gewisses Verständnis für den Antrag der Grünen, doch glaubt er nicht daran, dass ein zweites Geschäft wesentlich verändert aus dem GR kommen würde.

Man sieht die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben, über die diskutiert werden muss und für ihn ist der einzig seriöse Weg, die Diskussion in einer Kommission. Jetzt zu einzelnen Punkten JA oder NEIN zu sagen, erachtet er als nicht seriös. Ausserdem würde eine Rückweisung bedeuten, dass 1, 2 Monate vergehen, bis das Geschäft wieder im Einwohnerrat ist.

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Der GR hat verschiedene Leistungen mit einem Preisschild versehen. Diverse Leistungen, über die diskutiert werden kann, hat er nicht aufgelistet. Wenn das Geschäft zurückgewiesen wird, diskutiert der GR wieder unter sich. Jetzt hat man einige Anregungen und einige Dinge sind absolut klar; viele andere Punkte können zwischen dem ER und dem GR diskutiert werden. Das Resultat dieser Gespräche wird dann vermutlich immer noch genügend Diskussionsstoff liefern. Eduard Rietmann weist darauf hin, dass man vorwärts machen muss, wenn etwas erreicht werden soll. In der Verwaltung beginnen jetzt die Budgetprozesse.

Carolle von Ins Hafen, parteilos: Der GR und die Verwaltung hat ausführliche Unterlagen geliefert und nun kann der Einwohnerrat nicht mehr die Augen schliessen. Beinahe alle wollten Sparmassnahmen, jetzt hat man sie vor den Augen und sieht genau, wo gespart werden *kann*. Eine Rückweisung kommt für die Rednerin nicht in Frage, sie will die heisse Kartoffel nicht fallen lassen. Während ihrem beruflichen Engagement in der Bundesverwaltung hat sie oft gesehen, dass für heikle Geschäfte Arbeitsgruppen gebildet oder Kommissionen ins Leben gerufen wurden. Als Einwohnerrat muss man seine politische Verantwortung wahrnehmen.

Gemeindepräsident Mike Keller: Dieses Geschäft ist bestimmt eines der schwierigsten dieser Legislatur. Das Aufzeigen des Handlungsspielraums war das grösste Anliegen des Gemeinderats. In den Unterlagen befindet sich eine Liste, auf der ohne Wertung gezeigt wird, wo die Spielräume in den Produkten sind. Mike Keller bittet darum, dass festgestellte Fehler schriftlich oder mündlich mitgeteilt werden, damit sie korrigiert werden können. Unvollständiges wird gerne nachgeliefert. Bezüglich Folgekosten weist der Gemeindepräsident darauf hin, dass diese in den Tabellen aufgeführt sind.

Es stimmt, dass die Ausgaben gestiegen sind. Dies vor allem im Alters- und Sozialbereich. Das ist nicht nur in Binningen so. Auch in der Bildung werden die Anforderungen erhöht und man musste in den letzten Jahren mehr Kosten aufwenden. Der Finanzausgleich sorgt ebenfalls für Mehrkosten. Binningen bezahlt am zweitmeisten an den Finanzausgleich: Pro Franken zusätzlicher Steuereinnahmen werden 80 Rappen bezahlt. Binningen kämpft auf kantonaler Ebene mit anderen Gebergemeinden zusammen für einen fairen Finanzausgleich. Es kann nicht sein, dass wir hier darüber diskutieren, ein Hallenbad zu schliessen und anderenorts genug Geld da ist, um Bäder zu eröffnen.

Die Erhöhung der Personalkosten resultiert nicht auf Aufstockungen für irgendwelche Zusatzleistungen. Eine Ursache ist beispielsweise der Mittagstisch, der vom Einwohnerrat beschlossen wurde und dessen Nachfrage ständig steigt. Das bedingt, dass entsprechend Personal bereitgestellt wird, das im Personalspiegel erscheint.

Mike Keller betont, dass auf der Verwaltung effizient gearbeitet wird.

Eine Million Franken entsprechen einem Steuerprozent. Der Gemeinderat wollte mit dem Massnahmenpaket der Aufgabe gerecht werden, das Defizit von 5 bis 7 Millionen in den nächsten Jahren zur einen Hälfte mit Einsparungen und zur anderen Hälfte mit einer allfälligen Steuererhöhung zu korrigieren. Mit dem Streichen des 1.-August-Feuerwerks, des Neujahrsapéros etc. können keine Millionenbeträge eingespart werden. Das Schwimmbad ist die grösste ungebundene Leistung in der Grössenordnung einer Million, das heisst ein Steuerprozent.

Es geht darum, zu eruieren, wie viel man sparen will und kann und wie der Finanzhaushalt Binningens ins Lot gebracht werden kann. Es braucht Dialog und Auseinandersetzung und es muss auf der politischen Ebene spürbar sein, wie die Empfänger der Leistungen, die Bevölkerung, reagiert. Das Engagement von allen Seiten ist ein wichtiger Input, der in die anstehende Diskussion einfließen und berücksichtigt werden muss.

**ABSTIMMUNG Antrag Grüne/EVP: Rückweisung des Geschäfts mit den genannten Aufträgen
Grossmehrheitlich abgelehnt**

Von diversen Einwohnerrat/innen der SP und der CVP wird dafür plädiert, den Antrag St. Glasers zu erweitern. Markus Ziegler von der FDP möchte zuerst eine Abstimmung darüber, ob das ganze Geschäft in die GRPK überwiesen werden soll. Er nimmt das Votum von Gabriela Vetsch auf, die verlangt, dass Farbe bekennt wird und kündigt an, dass er bei jeder Einzelabstimmung für die Überweisung an die GRPK stimmen wird.

Stephan Glaser, parteilos, stellt den Antrag, dass über die fünf Punkte, die den Leuten am Herzen liegen, einzeln abgestimmt wird. Danach weiss der Gemeinderat, dass bei diesen Positionen nichts zu machen ist. Der Redner widerspricht dem Gemeindepräsidenten: Das Hallenbad koste keine Million, es sind nicht alle Faktoren (Eintritte, Miete Restaurant und Sauna) berücksichtigt worden.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP stimmt Stephan Glaser zu. Gerade weil viele Informationen fehlen, ist die Fraktion gegen eine Direktüberweisung in die GRPK. Eine Detailberatung über *alle* Massnahmen erachten auch die Grünen nicht als zielführend. Sie sind dafür, über die fünf Punkte direkt abzustimmen.

Eduard Rietmann, CVP/GLP, kann eine Abstimmung über fünf Punkte, die von grossem Interesse sind, weil viel Publikum anwesend ist, nur als Konsultativabstimmung akzeptieren. Wie Markus Ziegler bereits erwähnt hat, liegen zuwenig Detailinformationen vor. Der Redner denkt, dass keine/r der verschiedenen Fraktionen mit dem Ziel gekommen ist, das Hallenbad zu schliessen. Das Ziel soll sein, darüber zu diskutieren. Beschlossen wird dann in der Budgetdebatte.

Katrin Bartels, CVP/GLP, schlägt vor, über den Grundsatz, ob es in Binningen weiterhin ein Hallenbad, Jugendhaus etc. geben soll, abzustimmen. Dann können die Details in der GRPK ausdiskutiert werden.

Bettina Benthaus Häfliger, SP: Die fünf Punkte wurden soeben von Katrin Bartels um einen erweitert. Mit dem Klassenmusizieren und der Erwachsenenbildung sind es dann sieben.

Gemeindepräsident Mike Keller: Wenn eine derartige Abstimmung stattfinden soll, ist es ihm ein Anliegen, die Gedanken des Gemeinderats zu den einzelnen Posten mitzuteilen. Ein Beispiel: Es geht nicht darum, das Gartenbad Bottmingen zu ruinieren. Nur mit der Kündigung des Vertrags kann die Grundlage geschaffen werden, mit weiteren Partnern eine neue Trägerschaft zu suchen. Diese Grundlage braucht es, um eine Veränderung herbeizuführen. Ähnliche Aspekte gelten im Zusammenhang mit dem Ferienheim Wisli und dem Jugendhaus.

Markus Ziegler, FDP, bleibt dabei, dass er den Grundsatzentscheiden nicht zustimmen wird. Er will vom Gemeinderat 116 Mal die Überlegungen hören.

Christoph Anliker, SVP: Mit einem Antrag wurde begonnen, mittlerweile ist man bei sieben. Das ist nicht seriös und er kann Markus Ziegler nur unterstützen.

Jürg Humbel, FDP, weist darauf hin, dass die Bevölkerung Katrin Bartels' Vorschlag so auffassen könnte, dass bei Annahme der Grundsatzentscheide alles gerettet ist. Doch dem ist nicht so. Obwohl er durchaus für einige Sachen Sympathien hat, wird er alles ablehnen, wenn wie vorgeschlagen abgestimmt wird.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP, kommt auf Mike Kellers Aufforderung betreffend Input zurück und gibt gleich einen: Wenn das Jugendhaus bestehen bleibt und nur die Öffnungszeiten gekürzt werden, kann keine Praktikumsstelle mehr angeboten werden. Gekürzte Öffnungszeiten reichen nicht für eine Praktikumsstelle und die Rednerin weigert sich, Ausbildungsstellen aus solchen Gründen nicht mehr anzubieten. Ein weiteres Problem, das auch nicht in den Kommentaren steht, ist die überwiesene Motion, die eine Überarbeitung des Kinder- und Jugendkonzepts fordert. Wenn das Jugendhaus geschlossen wird, gibt es keine Plattform mehr, um die Jugendlichen in irgendeiner Form miteinzubinden. Dann ist es äusserst schwierig, die Jugendlichen zu erreichen.

Beatrice Büschlen macht deutlich, dass es für die Grüne/EVP ausser Diskussion steht, das Jugendhaus zum jetzigen Zeitpunkt aus irgendwelchen Gründen zu schliessen.

Gaida Löhr, SP, verwehrt sich gegen die verschiedentlich geäusserte Vermutung, die SP betreibe hier Wahlkampf. Die Sachen, die die Partei vertritt, vertritt sie seit Jahren.

Zu Mike Kellers Erläuterung betreffend Gartenbad meint sie, dass auch mit anderen verhandelt werden kann oder andere Partner gesucht werden können, wenn Binningen seinen Beitrag bezahlt. Dieser reduziert sich dann allenfalls.

Roger Moll, parteilos, ist von Katrin Bartels' Votum beeindruckt. Die Argumentation und die Begründung sind richtig. Beispiel Hallenbad: Das Binninger Hallenbad steht im Kanton an zweiter Stelle der Benutzerzahlen. Das Muttenzer Bad hat einen Deckungsgrad von 60 Prozent, dasjenige von Binninger einen von 30 Prozent. Wenn bei all den vorgeschlagenen Posten der Grundsatzentscheid gefällt wird, dann besteht in der GRPK die Möglichkeit, Aspekte, wie im Beispiel erwähnt, einzubringen und die Institutionen mit entsprechenden Massnahmen zu erhalten. Der politische Kompromiss muss möglich sein. Trotz alledem wird voraussichtlich ein Antrag für eine Steuererhöhung unumgänglich sein.

Markus Ziegler, FDP, gibt zu Protokoll, dass er NEIN stimmen wird, weil er die Grundsatzentscheidungen heute Abend nicht machen kann. Er möchte das Paket des Gemeinderats in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission beraten.

Philippe Spitz, SP, macht darauf aufmerksam, dass die SP von sieben Vorschlägen sprach. Das Gartenbad, die Musikschule und die Erwachsenenbildung sind auch dabei.

Christoph Maier, FDP, fragt, ob es nach Annahme der Grundsatzentscheide tabu ist, den Deckungsgrad des Hallenbads versuchen zu erhöhen und ob in Binningen wirklich alles gratis sein muss. Ihm ist nicht klar, welche Wirkung die Einzelabstimmung haben soll, ausser, dass zum Publikum gesprochen wird und man zum Schluss trotzdem feststellen muss, dass die nötigen Massnahmen im Detail betrachtet werden müssen. Christoph Maier verlangt für die Einzelabstimmungen einen klar formulierten Antrag.

Silvia Bräutigam, CVP/GLP: Es geht nur um eine Grundsatzabstimmung und wenn das Geschäft dann in die GRPK überwiesen wird, wird dort über den Preis und die Leistung gesprochen.

SVP: Christoph Anliker bemerkt, dass es angesichts des Menschaufbaus allen klar ist, welche Themen wichtig sind. Obwohl er, wie wohl alle anderen Einwohnerrät/innen, wieder gewählt werden möchte, lässt er sich nicht durch die Menschenmenge beeinflussen, sondern bleibt bei der Überzeugung, dass es eine sorgfältige Prüfung durch die GRPK braucht. Auch die SVP ist gegen die Schliessung des Hallenbads, trotzdem wird sie NEIN stimmen.

Katrin Bartels, CVP/GLP: Die gewünschte Formulierung: „Wir beantragen, auch in Zukunft ein Hallenbad für die Binninger Bevölkerung nutzbar zu erhalten.“ So wird nichts über den Preis, die juristische Form oder zusätzliche Einnahmen gesagt. Das Feld ist völlig offen. Die anderen Formulierungen wären da „das Wisli“, „das Ferienhaus Adelboden“, „eine Klassenmusik“, „ein Jugendhaus“ und „das Gartenbad Bottmingen“.

FDP: Markus Ziegler fragt, wo denn das Hallenbad stehen muss, ob es in Binningen oder auch in Bottmingen oder Basel sein kann.

ABSTIMMUNG Antrag Erhaltung Hallenbad

Ja: 24 / Nein: 9 / Enthaltungen: 4

ABSTIMMUNG Antrag Erhaltung Jugendhaus

Ja: 24 / Nein: 9 / Enthaltungen: 4

Es stellt sich die Frage, ob über das Ferienhaus Adelboden überhaupt abgestimmt werden kann, weil es

zur Hälfte der Gemeinde Reinach gehört. Mike Keller erläutert, dass der Gemeinderat nur zum Wisli eine Idee entwickelt hat, zu Adelboden nicht. Wenn dort etwas verändert oder entschieden werden soll, muss das mit Reinach gemeinsam gemacht werden.

ABSTIMMUNG Antrag Erhaltung Ferienhäuser Wisli und Adelboden

Ja: 22 / Nein: 9 / Enthaltungen: 6

ABSTIMMUNG Antrag Erhaltung Gartenbad Bottmingen

Ja: 25 / Nein: 8 / Enthaltungen: 4

ABSTIMMUNG Antrag Erhaltung Klassenmusizieren

Ja: 18 / Nein: 9 / Enthaltungen: 10

ABSTIMMUNG Antrag Erhaltung Erwachsenenbildung

Ja: 20 / Nein: 6 / Enthaltungen: 11

ABSTIMMUNG Antrag: Überweisung an die GRPK

Grossmehrheitlich

Gemeindepräsident Mike Keller teilt im Namen des Gemeinderats mit, dass die abgegebenen Empfehlungen sehr hilfreich sind. Sie erleichtern die Vorbereitung auf die Diskussionen mit der GRPK. Andererseits wurde mit den Abstimmungen ein grosser Teil des Potenzials an Einsparungen weggenommen. Mit all den anderen Posten lässt sich nicht annähernd so viel sparen. Was fehlt, muss auf anderem Weg finanziert werden. Diese Diskussion wird im Rahmen des Budgets geführt werden.

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird mit folgenden Grundsatzentscheiden an die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission überwiesen:

- Empfehlung zur Erhaltung Hallenbad
 - Empfehlung zur Erhaltung Jugendhaus
 - Empfehlung zur Erhaltung Ferienhäuser Wisli und Adelboden
 - Empfehlung zur Erhaltung Gartenbad Bottmingen
 - Empfehlung zur Erhaltung Klassenmusizieren
 - Empfehlung zur Erhaltung Erwachsenenbildung
-

Traktandum 4

Nr. 77

Investitionsausgabe von CHF 292 600 für die Werterhaltung des Binninger Schlosses

Simone Abt, SP: Die Spezialkommission hat ihre Arbeit am 26. August 2013 aufgenommen. Der Auftrag wurde so verstanden, dass dem Einwohnerrat eine Empfehlung bezüglich der vorgeschlagenen Unterhaltsplanung für das Schloss Binningen für die nächsten zehn Jahre und im Umfang von bis zu 6 Millionen Franken abzugeben ist.

Die Kommission hat mehrere Sitzungen abgehalten, hat eine Begehung des Schlosses vorgenommen, mit jemandem aus dem Hotelfach, dem Architekten und dem Pächter gesprochen. Ein Spezialist mit dem Fachgebiet „Gesellschaftsformen und Recht“ hat eine Bestandaufnahme der juristischen Situation erstellt und mögliche Szenarien der Gemeinde als Trägerin und alternative Trägerschaftmodelle aus juristischer Sicht aufgezeigt. Die Schlussfolgerung der Standortbestimmung im April: Die Spezko geht davon aus, dass die Binninger Bevölkerung die heutige Trägerschaft ist, weswegen die weitere Erhaltung des Schlosses – unter welcher Trägerschaft auch immer – im Interesse der Bevölkerung sein muss. Deswegen muss klar sein, was mit dem Schloss passieren soll. Entscheidend ist, dass sich die Bevölkerung und der Einwohnerrat eine Meinung über die existierenden Optionen bilden können muss. Bevor über die Grundsatzfrage der Nutzung Klarheit besteht, möchte die Spezko keine weiteren Kosten generieren. Die Spezko wünscht, dass der Einwohnerrat den Gemeinderat damit beauftragt, Varianten für die Nutzung und Trägerschaftmodelle einschliesslich der Auswirkungen, zuhanden der Spezko entwickelt. Das sollte bis Ende Oktober möglich sein, danach nimmt die Kommission ihre Arbeit wieder auf. Simon Abt bittet den Rat um Annahme der Anträge.

Pascal Treuthardt: Die FDP unterstützt die Anträge, weil sie alle Möglichkeiten sehen möchte. Der Fraktion ist wichtig, dass das Schloss in der Gemeinde bleibt und weiterhin für die Öffentlichkeit zugänglich ist. Das muss nicht in Form eines Restaurants sein, auch wenn dies im Moment ein gutes Modell ist.

Beatrix Bürgin, SVP: Die Fraktion dankt der Spezko für die Arbeit, unterstützt das weitere Vorgehen und stimmt den Anträgen zu.

Susanne Tribolet: Auch die SP dankt für die aufwendige Analyse der vorgeschlagenen Unterhaltsplanungen. Da die Gelder für dieses Jahr bereits gesprochen sind, besteht kein dringender Handlungsbedarf. Da auch die SP-Fraktion wissen will, wie es weiter geht, welche Nutzung unter welcher Trägerschaft sinnvoll ist, unterstützt sie die beiden Anträge der Spezko.

Thomas Hafner: Die CVP/GLP-Fraktion dankt und erwartet mit Spannung den Schlussbericht mit den Erkenntnissen und Resultaten. Damit die Spezko die weiteren Abklärungen verfolgen kann, unterstützt die CVP/GLP die Anträge.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Ihre Fraktion hat sich auch jetzt wieder die Frage gestellt, ob Binningen ein Schloss braucht und ob die Gemeinde sich das leisten kann. Mit dem Hintergrund der unpopulären Sparmassnahmen fragt sie sich, was nun höher zu gewichten ist. Das Schloss ist nun mal im Besitz der Gemeinde und sie hat dafür Verantwortung übernommen. Für die Identität einer Gemeinde braucht es das Alte und das Neue. Doch auch beim Alten sollte immer wieder überprüft werden, wie in den jeweiligen Phasen/Epochen die Bewirtschaftung und die Mittel effizient eingesetzt werden können. Der Einwohnerrat hat als Vertreter der Bevölkerung die undankbare Aufgabe, die wenigen Mittel effizient einzusetzen. Vielleicht ergeben sich neue Ideen für die Nutzung oder für höhere Erträge. Obwohl nur ein kleiner Spielraum für alternative Nutzungs- und Trägerschaftmodelle erkennbar ist, sollte dieser unbedingt ausgenutzt werden. Die Grüne/EVP-Fraktion begrüsst die vertiefte Überprüfung bevor weiter Geld ausgegeben wird und unterstützt die Anträge. Die Kommission soll beibehalten werden, damit das erarbeitete Knowhow nicht verloren geht.

Gemeindepräsident Mike Keller: Mit dem Beschluss der Anträge wird der Gemeinderat dazu ermächtigt, dass er auch öffentlich über seine Gedanken diskutieren darf. Der Pachtvertrag hat eine gewisse Laufzeit, doch werden für die mittel- bis langfristige Zukunft andere Möglichkeiten und Optionen geprüft. Im Hinblick auf die heutigen Vertragspartner ist es Mike Keller wichtig festzuhalten, dass eine Annahme der Beschlüsse nicht zwingend bedeutet, dass etwas verändert wird. Zuerst werden Abklärungen gemacht, über die diskutiert wird. Danach werden entsprechende Beschlüsse gefällt. Eine neue Trägerschaft können Mäzene, Stiftungen oder Partnerschaften sein – das Feld ist sehr offen. Um dies abzuklären braucht es ein Zeitfenster. Laut Aussagen der Verwaltung besteht kein akuter Handlungsbedarf in puncto Wert-

erhaltungsmassnahmen. Das ermöglicht, die Abklärungen in Ruhe zu machen, in der Hoffnung, dass man dann spannende Lösungen auf dem Tisch hat.

Katrin Bartels, CVP/GLP: Das führt zur Frage, ob die Kommission bereit wäre, die Formulierung des Antrag 1 zu ändern und das Datum weiter in die Zukunft zu verschieben.

Simone Abt, SP: Der Termin wurde in Absprache mit dem Gemeinderat gesetzt, doch sollte es zu knapp werden, kann er sicher verschoben werden.

ABSTIMMUNG Anträge der Spezialkommission
Einstimmig

BESCHLUSS

- ://: 1. Es sind Varianten für Nutzungen und Trägerschaftsmodelle, einschliesslich ihrer Auswirkungen, zuhanden der Spezialkommission bis spätestens 31.10.2014 zu erarbeiten.
2. Die Spezialkommission wird beibehalten und nimmt ihre Arbeit bei Vorliegen der Ergebnisse der Ziffer 1 wieder auf.
-

Traktandum 5

Nr. 113

Investitionsausgabe von CHF 0,23 Mio. für Strassensanierungsarbeiten am Schafmattweg

EINTRETEN

Gaida Löhr, SP, wohnt am Schafmattweg 9. Dieses Haus wehrt sich dagegen, dass davor Parkplätze erstellt werden, in einem Gebiet, das vor einiger Zeit ohne Entschädigung enteignet wurde. Der Gemeinderat hat lange Zeit dafür gesorgt, dass es dort keine Parkplätze gibt. Da dies ein Privatinteresse und ein Teil der Vorlage ist, verfolgt Gaida Löhr die Beratung dieses Geschäfts im Publikum.

Pascal Treuthardt, FDP: Die Leitung der WBA ist nicht so dringend und kann durchaus noch ein paar Jahre warten. Der Veloweg, der neu in beide Richtungen geführt werden soll, macht die Strasse nicht unbedingt sicherer. Juristische Abklärungen, Anwohner, die ihre Parkplätze nicht verlieren wollen und Weiteres werfen eine Menge Fragezeichen auf. Ausserdem ist Binningen gezwungen, Geld zu sparen. Die FDP-Fraktion beantragt eine Überweisung an die Bau- und Planungskommission, um die unsicheren Faktoren zu klären und um Streitereien mit den Bürger/innen zu vermeiden, die möglich sind, wenn eine Strasse wieder einmal anders gebaut werden soll, als es die Anwohner wünschen.

Urs Brunner: Auch die SVP ist für eine Überweisung an die BPK.

Beatrice Büschlen: Die Grüne/EVP freut sich, dass der Gegenverkehr für Velos erlaubt werden soll. Sie findet auch die Koordination mit den Werkleitungsarbeiten sinnvoll und will den Ausbau der Wärmeschiene Leimental fördern. Dort ist eine rasche Umsetzung von Vorteil. Die Fraktion hätte sich eine Direktüberweisung vorstellen können, um Kosten für eine Kommissionsarbeit zu sparen. Bei mindestens

drei Sitzungen sind dies 3000 Franken ohne Verwaltungskosten. Es sollte im Interesse des Gemeinderats sein, seine Vorlagen so auszuarbeiten, dass diese ohne Umwege über Kommissionen mehrheitsfähig sind. Bei dieser Vorlage sieht die Grüne/EVP-Fraktion leider überhaupt keinen Sparwillen. 80 000 Franken für Belags- und Pflasterungsarbeiten auf diesem kurzen und nicht stark befahrenen Strassenstück, haben Diskussionen ausgelöst. Einige Fraktionsmitglieder stören sich am goldigen Ausbaustandard der Binnerer Strassen. Auch beim Belag darf mit kostengünstigen Varianten gerechnet werden. Fraglich ist auch, ob es zwei oder drei Schlammsammler braucht oder wirklich alle Kontrollschachtdeckel erneuert werden müssen – nicht nur aus Kostengründen, sondern auch, um Ressourcen zu sparen. Und wäre es – abgesehen von Sicherheitsgründen – aus Kostengründen nicht sinnvoll, die beiden Parkplätze auf die Spielplatzseite zu verlegen?

Wenn das Projekt schnell umgesetzt wird, müssen die teuerungsbedingten Mehrkosten gestrichen werden. Die Bauarbeiten sollen ja dieses Jahr ausgeführt werden. Für Beatrice Büschlen bedeuten die teuerungsbedingten Mehrkosten quasi ein Blankoscheck. Das Polster einer Kostengenauigkeit von +/- 20 % sollte genügen. Mit guten Offertverhandlungen und einem disziplinierten Zahlungslauf lassen sich bestimmt noch zusätzliche Rabatte herausholen. Bei fünf Prozent Skonto bedeutet das 10 000 Franken, was z.B. das Abstimmungsbüchlein, die Jungbürgerfeier oder den Neujahrsapéro finanzieren würde.

Die Grüne/EVP-Fraktion beantragt eine Kürzung des Investitionskredits auf CHF 200 000 und die Streichung der teuerungsbedingten Mehrkosten. Sollte der Rat den Antrag ablehnen, ist die Fraktion für eine Überweisung in die Bau- und Planungskommission.

Thomas Hafner, CVP/GLP, bedankt sich für den Bericht, der kurz und übersichtlich ist, wie der kleine Strassenabschnitt, um den es geht. Die geplante Sanierung ist für Fussgänger und weitere Verkehrsteilnehmer sicher besser. Das durchgehende Trottoir ist ein Vorteil und eine Angleichung an den Rest des Schafmattwegs sowie der neue Velo-Gegenverkehr sind sicher okay. Die Neuordnung der beiden Parkplätze und der zusätzlichen Veloabstellplätze findet die CVP/GLP besser und die Koordination der Werksarbeiten ist sinnvoll. An der Ecke Schlossgasse/Schafmattweg wird der Garten einer Liegenschaft etwas kleiner, was ein kleiner Minuspunkt ist.

Die Fraktion konnte den Grund der Dringlichkeit nicht nachvollziehen, da die Realisierung der Wärmeschiene Leimental erst im Entstehen ist. Doch die Fraktion kann der Sanierung grundsätzlich zustimmen. Im Zuge der Sparmassnahmen wäre sie auch erst im Jahr 2015 denkbar – der Zustand des Strassenbelags sollte dies zulassen. Die CVP/GLP bittet den Gemeinderat um eine Auskunft zur Dringlichkeit. Sie folgt dem Antrag des Gemeinderats, möchte die Kosteneinschätzung den Fachleuten überlassen und erachtet eine Überweisung an die BPK als nicht notwendig.

Anne Platten, parteilos (SP): Die Fraktion hätte sich den Weg über eine Kommission gerne gespart, doch stellten sich einige Fragen. Sie findet gut, dass der Velo- und Mofagegenverkehr neu zugelassen wird, doch ist sie der Meinung, dass der Standort der Parkplätze nochmals geprüft werden müsste. Nach Ansicht der SP wären die Parkfelder beim Spielplatz an der Ecke Schafmattweg/Brückenstrasse besser platziert, da die Benützung des Parkplatzes nicht durch eine Trottoirquerung oder die Querung des Veloweges behindert wird. Ausserdem könnte die Gemeinde einen Geld- und Zeitverlust durch eine allfällige Beschwerde der Anwohnerschaft vermeiden.

Aufgrund der offenen Fragen ist die SP-Fraktion für eine Überweisung an die BPK.

Stefan Glaser, parteilos: Die Parteilos sind der Meinung, dass die Sanierung gemacht werden soll, wenn sie nötig ist, obwohl sie findet, dass der bestehende Veloweg über die Amerikanerstrasse genügt und den Zweck erfüllt (auch wenn gewisse Velofahrer die Abkürzung über den Schlosspark bevorzugen). Die Ausfahrt in die Schlossgasse ist auch bei Tempo 30 ein potenzieller Unfallherd. Das Taxiunternehmen Kopp und die Firma Kissling haben einige Abstellplätze gemietet und fahren pro Tag unzählige Male rückwärts in die Strasse. Wenn nun dort auch undisziplinierte Velofahrer durchfahren dürfen, bedeutet das ein erhöhtes Risiko. Die Parteilos möchten die alte Ordnung, die bestens funktioniert, behalten.

Gemeinderat Urs-Peter Moos macht darauf aufmerksam, dass Binningen, was die Strassensanierungen anbelangt, bereits jetzt im Rückstand ist. Das bedeutet, dass die Reparaturen am Schluss teurer werden. Hier wird von Investitionen und nicht von Konsum gesprochen. Das von der Grüne/EVP erwähnte Sparpotenzial macht die Arbeiten mittelfristig nicht günstiger, sondern teurer.

Die aufgeführten Kosten sind Standardkosten. Urs-Peter Moos weist darauf hin, dass die Abrechnungen im Bereich Strassen in der Regel unter dem bewilligten Kredit bleiben. Der von der SP vorgeschlagene Standort für die Parkplätze erachtet der Gemeinderat als prüfenswert. Das kritisierte Verhalten der Velofahrer wurde durchleuchtet. Mit dem durchgehenden Trottoir an der Schlossgasse wird die Vortrittsregelung aufgehoben, was bedeutet, dass die Velofahrer dem Verkehr in der Schlossgasse Vortritt gewähren müssen.

Zur Frage der Dringlichkeit: Die EBM möchte vorwärts machen und den Strassenabschnitt bald angehen. Es gibt einige Leitungen zu legen, deshalb wird es ein schrittweises Vorgehen sein. Seitens EBM ist geplant, die Arbeiten im Schafmattweg in der zweiten Jahreshälfte 2014 zu realisieren.

Mit dem vorgeschlagenen Veloweg wird eine komfortable Lösung auch für diejenigen Velofahrer geschaffen, die sich Richtung Baslerstrasse/Bottmingerstrasse bewegen.

Eduard Rietmann, CVP/GLP, zur Dringlichkeit: Seines Wissens ist der weitere Ausbau der EBA abhängig davon, ob Oberwil und Therwil mitmachen und ob die Wärmezentrale in Bottmingen gebaut wird. Bis jetzt hat man noch nichts darüber gehört.

Beatrice Büschlen, EVP/GLP: Das Wort „Standardkosten“ bestätigt ihr den fehlenden Sparwillen. Die Baufirmen rechnen ja bereits jetzt mit Standardkosten; sie wissen, dass sie das Verlangte erhalten. Bedeutet „schrittweise Realisierung“, dass die Strasse einmal geöffnet, die Leitungen gelegt und wieder zugeschüttet wird, oder bedeutet es, dass die Arbeiten fünfmal gemacht werden? Wenn das Geschäft dringlich ist, wäre es gut, es nicht in die BPK zu überweisen, so, wie es die Grüne/EVP-Fraktion beantragt (mit einer Reduktion). Beatrice Büschlen hat per Mail angefragt, ob die Grundbesitzer im betroffenen Gebiet bereits einen WBA-Anschluss beantragt haben. Bisher ist es nur eine Person. Keine Auskunft gab es zur Frage, wie die zeitliche Planung für die Grundbesitzer aussieht, also bis wann die Leitung bereit sein muss. Für die Kunden muss ein jahrelanges Provisorium unbedingt vermieden werden. Wenn es Kunden gibt, bedeutet es dringlich, sonst nicht.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Binningen hat mehrere Wärmeinseln. Um die Wirtschaftlichkeit zu steigern, ist es wichtig, diese zu verknüpfen – ungeachtet der weiteren Entwicklung im Leimental. Dass Investitionen nötig gewesen wären, um die Wärmeinseln zu verknüpfen, war ein Grund dafür, warum die WBA verkauft wurde.

Zu den Bemerkungen der Grüne/EVP: Die Kostenschätzung mit einer Kostengenauigkeit von +/- 20 %, also plus/minus CHF 46 000 ist durchaus der Rahmen, mit dem man üblicherweise an den Einwohnerrat gelangt. Die Abteilung Verkehr, Tiefbau und Umwelt verhandelt sehr gut, was die bereits erwähnten Abrechnungen belegen. Sobald der Einwohnerrat das Geschäft bewilligt hat, wird man seitens der Verwaltung auf die Grundeigentümer zugehen, um möglichst viele Synergien zu schaffen.

Das Wort „schrittweise“ war nicht auf diesen Strassenabschnitt, sondern auf das Vorgehen der EBM bezogen.

Gemeindepräsident Mike Keller: Das Projekt für die Wärmezentrale wurde gutgeheissen. Der Umweltverträglichkeitsbericht und die Baubewilligung sind auf dem Tisch und die EBM hat beschlossen, das Projekt zu realisieren. Mit dem Verkauf der Binninger Anteile der WBA an die EBM wurde ein Vertrag mit diversen Auflagen abgeschlossen. Eine Auflage beinhaltet die Wärmeversorgung in Binningen. Es wurden Fristen festgesetzt, die jetzt nicht durch Verzögerungen bei der Umsetzung gebrochen werden sollen.

Dass die Wärmeinseln verbunden werden müssen, ist auch ein Teil der Auflagen. Für die Realisierung des Gesamtprojekts muss die EBM in Binningen und weiteren Gemeinden Leitungen legen, was in Etappen geschieht. Binningen hat im Projekt eine Schlüsselrolle. Darum muss die Leitungsführung prioritär behandelt werden.

Es ist nicht die Gemeindeverwaltung, die sich um anschliessende Haushalte kümmert, sondern die WBA. Diese beantwortete auch Beatrice Büschlens Anfrage. Laut Aussage der EBM ist man dabei, die Hausanschlüsse zu aquirieren. Es gibt zeitliche Abhängigkeiten und es gibt auch Abhängigkeiten bei der Umsetzung des Ganzen.

Daniel Zimmermann, FDP, wundert sich, dass nun bereits 20 Minuten lang über Fragen und Antworten diskutiert wird, dabei hatte er den Eindruck, dass sämtliche Fraktionen das Geschäft an die BPK überweisen wollen. Das macht keinen Sinn. Man muss sich bald fragen, ob ein Geschäft dieser Grössenordnung nicht einfach durchgewinkt werden soll, damit die Gemeinde bauen kann. Nachdem so Vieles bereits beantwortet wurde, stellt sich die Frage, was die BPK überhaupt noch beraten soll. Daniel Zimmermann stellt den Antrag, dass das Geschäft nicht an die BPK überwiesen wird.

Severin Brenneisen, SP: Falls das Geschäft nicht in die Kommission geht, hat er noch eine Frage: „Nicht enthalten: Beleuchtung“ – heisst das, dass gar nichts gemacht wird oder wird etwas gemacht, das in der Abrechnung nicht enthalten ist? Und wie stellt sich der Gemeinderat zur Umplatzierung der Parkplätze?

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Es steht immer noch der Antrag ihrer Fraktion auf Reduktion auf CHF 200 000 und Streichung des teuerungsbedingten Mehrkosten im Raum.

Gemeinderat Urs-Peter Moos kommt noch auf das Haus an der Ecke Schlossgasse zurück, da in einem Votum angedeutet wurde, es würde dem Eigentümer wegen der Strasse Land weggenommen. Dem ist nicht so. Das Stück Garten liegt auf der Allmend, gehört also der Gemeinde Binningen. Auch wenn die Ecke der Strasse wegfällt, kann immer noch ein Teil Allmend als Garten genutzt werden. Die Frage der Parkplätze tangiert das Strassenprojekt nicht grundsätzlich und Urs-Peter Moos ist dafür, diese Option zu prüfen, weil er die Idee gut und wertvoll findet. So ergibt sich vielleicht eine Lösung, die für alle ideal ist.

Die Beleuchtung wurde nicht aufgeführt, weil sie separat geprüft wird. Sollte beschlossen werden, etwas zu machen, würde sie über das ordentliche Budget laufen. Der Gemeinderat wäre sehr dankbar, wenn das Geschäft direkt beschlossen würde.

Christoph Anliker, SVP, möchte noch wissen, warum das Trottoir verlängert wird.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Es wurden Gespräche geführt, da es eine Gartenmauer gibt, die die Situation unübersichtlich macht: Leider konnte die von der Verwaltung aus optimale Lösung nicht erreicht werden. Das durchgehende Trottoir erhöht einerseits die Sicherheit der Fussgänger und schafft andererseits klare Verhältnisse für den Velogegegenverkehr. Die Mehrkosten sind sehr bescheiden, weil es nur um Randsteine und nicht den Deckbelag geht.

Roger Moll, parteilos, empfindet es als Nonsens, die Teuerung zu streichen, weil niemand sagen kann, wie teuer der Bitumen für die Belagsarbeiten ist. Weil sämtliche Baumaterialien im Tiefbau der Teuerung unterworfen sind, ist das Kostendach nicht akzeptierbar.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP, argumentiert, dass die Baukosten im November 2013 berechnet wurden und die Arbeiten dieses Jahr ausgeführt werden sollen. Innerhalb dieser kurzen Zeit gibt es keine Teuerung und somit keinen Grund, diese in den Antrag zu nehmen.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Es geht hier um eine Kostenschätzung, weil man die Detailangaben noch nicht hat. 230 000 Franken minus 20 Prozent gibt 184 000, plus 20 Prozent gleich 276 000 Franken. Das

ist der Range, den die Verwaltung hat. Diese ist immer darum bemüht, gute Arbeit zu einem möglichst günstigen Preis zu ermöglichen. Es ist ein Risiko, in einen Prozess, der sich bewährt hat, derart einzugreifen. Sollte man zu tief kalkulieren und es kommt etwas Unerwartetes, wird der Gemeinderat gezwungen sein, mit einem Nachtragskredit wieder an den Einwohnerrat zu gelangen.

Stefan Kaiser möchte zuerst den Antrag für ein Kostendach der Überweisung an die BPK und danach die ausgemehrte Variante dem Antrag des Gemeinderats gegenüberstellen. Da es Einwohnerrät/innen gibt, die ein Kostendach möchten, das Geschäft aber trotzdem an die BPK überweisen wollen, muss das Vorgehen geändert werden.

ABSTIMMUNG Antrag Kostendach von CHF 200 000 und Streichung der teuerungsbedingten Mehrkosten

Ja: 22 / Nein: 13 / Enthaltung: 1

ABSTIMMUNG Antrag Überweisung an die Bau- und Planungskommission

Nein: 26 / Ja: 10 / keine Enthaltung

SCHLUSSABSTIMMUNG Bewilligung des Kredits

Ja: 26 / Nein: 7 / Enthaltungen: 3

BESCHLUSS

://: Für die Strassensanierung am Schafmattweg (Abschnitt Schlossgasse bis Brückenstrasse) wird zu Lasten Konto 1.6150.5010.00/80200 gemäss Kostenschätzung eine Investitionsausgabe mit einem Kostendach von CHF 0,2 Mio. (Kostengenauigkeit +/- 20 Prozent) ohne teuerungsbedingte Mehrkosten bewilligt.

Traktanden 6–9

Nr.

://: Die Geschäfte werden für die nächste Sitzung vom 30. Juni 2014 traktandiert.

Dringliche Interpellation G. Vetsch/S. Abt, SP: Besorgniserregende Medienberichte über das Altersheim Schlossacker

122

Gemeindepräsident Mike Keller: Angesichts der Anfrage und der dringlichen Interpellation einerseits und den diversen Medienberichten andererseits, ist es dem Gemeinderat wichtig, kurz die Organisation des Altersheims aufzuzeigen (siehe Anhang IV):
Binningen hat mit der Stiftung Alters- und Pflegeheim eine Leistungsvereinbarung, in der die Grundaufträge der Gemeinde an die Stiftung definiert sind. Es gibt im ganzen Prozess zwei Fachstellen, welche für die Umsetzung der Spielregeln zuständig sind. 1. Die Stiftungsaufsicht ist dafür besorgt, dass der Stif-

tungsgedanke richtig umgesetzt wird. 2. Die kantonale Fachstelle, also der Kantonsarzt, der den direkten Auftrag hat, zu prüfen, ob die Alters- und Pflegeheime die Regeln einhalten und die Leute in den Heimen richtig betreut werden und alles ordnungsgemäss abläuft. Der Gemeinderat ist in ständigem Kontakt mit dem Stiftungsrat – also nicht erst seit der Medienkampagne. Die Gemeinderätin Heidi Ernst ist Mitglied des Stiftungsrats und somit das Bindeglied zum Gemeinderat. Sie hat den Gemeinderat immer über das Laufende informiert. Jetzt ist darauf zu achten, dass durch die Medienberichte dem APH kein Imageschaden entsteht. Deshalb soll den eingeleiteten Untersuchungen der Fachstelle und der Stiftung nicht vorgegriffen werden.

Die Fragen zu den eingereichten Vorstössen kann der Gemeinderat insofern beantworten, als es in seiner Kompetenz und seinem Einflussbereich liegt. Für die Fragen, die spezifisch die Stiftung betreffen fehlen ihm die Grundlagen. Die Fragen wurden der Stiftung weitergegeben, doch in der kurzen Zeit war eine Beantwortung nicht möglich. Sobald die Antworten schriftlich vorliegen, werden sie dem Einwohnerrat weitergeleitet.

Gemeinderätin Heidi Ernst: Sie hält fest, dass alle Gremien dabei sind, die Missstände, Unverträglichkeiten und Reklamationen an die Hand zu nehmen und an einer Lösung interessiert sind. Dabei ist es sehr wichtig, dass Anschuldigungen überprüft werden und es keine Vorverurteilungen gibt. Dies ist der Gemeinderätin vor allem in Hinblick auf die Mitarbeitenden der beiden Pflegeheime wichtig. In den Medienmitteilungen der Stiftung und des Gemeinderat wurden bereits einige Antworten gegeben. Bezüglich der Geschäftsleitung stellt Heidi Ernst klar, dass nach dem abrupten Abgang der Geschäftsleitung anfangs Jahr ein Dreiergremium aus der erweiterten Geschäftsleitung die Leitung interimsmässig übernahm. Es gibt eine Leitung „Hotellerie/Infrastruktur“ und eine Leitung „Pflege“. Der Herr, der in der Presse immer als Heimleiter genannt wurde, Herr Beer, ist nicht der Heimleiter, sondern der Leiter „Pflege“. Dann gibt es noch einen Leiter „Administration“. Die vorübergehende Geschäftsleitung soll nicht für Dinge verantwortlich gemacht werden, für die sie nicht verantwortlich sind. Die Nachfolge wird anfangs Juli gewählt.

Zur Interpellation: Wie Mike Keller erwähnt hat, betreffen die meisten Fragen die Stiftung. Die ausführlichen Antworten liegen teilweise bereits vor, doch um den zeitlichen Rahmen nicht vollends zu sprengen schlägt die Gemeinderätin vor, den Ratsmitgliedern die schriftliche Beantwortung aller Fragen bis Ende Woche zukommen zu lassen. Sie möchte jetzt nur auf zwei, drei Punkte eintreten, die von grossem Interesse sind.

Gabriela Vetsch, SP: Es ist nicht sehr befriedigend, wenn die Interpellantinnen die Antworten heute nicht bekommen, doch verstehen sie die Argumentation. Wenn also jetzt zwei, drei wichtige Fragen beantwortet werden, geben sie sich damit zufrieden, doch es muss an der nächsten ER-Sitzung möglich sein, nochmals Fragen zu den Antworten zu stellen.

Gemeinderätin Heidi Ernst zur Frage 2: Gibt es bezüglich der Verpflegung Reklamationen? Wenn ja, was wird unternommen um die Situation zu verbessern?

Das war seit längerer Zeit (beim Umbau des alten Heims und der Inbetriebnahme des neuen) immer wieder ein Thema. Heidi Ernst hat sich erkundigt und weiss, dass die Ernährungsversorgung in beiden Institutionen permanent weiterentwickelt wird und sich an den Bedürfnissen der Bewohner/innen orientiert. Aus dem Betrieb wurde gemeldet, dass es vereinzelte Reklamationen bezüglich Grösse der Portionen gab, die Teller zu heiss waren oder die Zwischenverpflegung vielseitiger sein dürfte. Diese Eindrücke seien meist subjektiver Natur und würden zum Alltagsbild einer Pflegeeinrichtung gehören. Die individuelle Ernährungssituation der Gäste würde laufend neu beurteilt und Anpassungen vorgenommen. Die Gäste können zwischen drei Portionsgrössen auswählen und falls jemand doch nicht genug bekommen hat, gibt es die Möglichkeit, sich in der Wohnbereichsküche mit Brot, Käse, Joghurt, Butter und Konfi zu bedienen. Während der Umbauarbeiten wurde das Essen von auswärts geliefert und es

kam vor, dass es zu wenig warm war. Während dieser logistisch schwierigen Zeit wurde den Gästen auch ein Preiserlass gewährt.

Frage 10: Im letzten Binninger Anzeiger stand zu lesen, dass im Altersheim Schlossacker eine gerontopsychiatrische Abteilung mit 24 Plätzen eingerichtet wird. Besteht im Altersheim eine Überkapazität? Wenn ja, warum? Gab es Planungsfehler seitens der Gemeinde?

Antwort des Stiftungsrats: „Die Berechnung der Stiftung, bzw. der Gemeinde, stützt sich auf die demografischen Hochrechnungen des Bundesamtes für Statistik im Jahr 2008. Die demografische Prognose wurde im 2011 vom BFS deutlich nach unten korrigiert. In der Bedarfsberechnung wurde soziales Verhalten einerseits und die Angebote anderer Leistungserbringer (u.a. Spitex) vorgeschrieben. Heute zeigt sich, dass Betagte später oder gar nicht in ein Pflegeheim eintreten. Die Zahl der Bewohner, die nur für wenige Wochen bis Monate im Pflegeheim verbringt, nimmt deutlich zu. Ausserdem haben Spitex und andere Akteure ihre Leistungen deutlich ausgebaut. Dies lässt sich nicht zuletzt auch auf die Einführung der Fallpauschalen zurückführen. Damit besteht heute eine Überkapazität, die aber nicht auf einem Fehler beruht, sondern durch viele Faktoren entstanden ist. Auf diese Entwicklungen müssen wir flexibel reagieren. Dabei versuchen wir eine optimale Mischung zwischen hochstehender Betreuung und Kosteneffizienz zu finden. Das ist eine schwierige Anforderung, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Diese grossen Herausforderungen treffen nicht nur für Binningen, sondern für alle Leistungsträger in der Branche zu.“

Gabriela Vetsch, SP, bedankt sich für die Antworten, die sie nur teilweise befriedigt haben. Sie fragt, ob die Antwort zur Ernährungssituation abschliessend ist, oder ob sie trotzdem noch von Extern untersucht wird.

Heidi Ernst: Es wird alles untersucht.

Gabriela Vetsch, SP, wundert sich, dass die Frage nach den Bewohnerinnen und Bewohnern, die aus dem Heim ausgetreten sind, nicht sofort beantwortbar ist, da diese Zahlen abrufbar sein sollten.

Heidi Ernst: Es gibt eine vorsorgliche und eine dringliche Warteliste. Der Stiftungsrat ist darauf bedacht, zu verhindern, dass durch die Eröffnung der gerontopsychiatrischen Abteilung für Binninger kein Platz mehr ist. Es braucht neues Personal, damit weitere Betten besetzt werden können.

Simone Abt, SP: Stimmt es, dass die langen Wartelisten nicht mehr existieren, also alle Leute Platz gefunden haben?

Heidi Ernst bestätigt dies. Es wurde klar mitgeteilt, dass die gerontopsychiatrische Abteilung eine Bereicherung des Binninger Betreuungsangebots ist. Viele Binninger sind in dieser Abteilung in Liestal und werden zurückkommen. Ganz „normale“ Anmeldungen für das Alters- und Pflegeheim sollen darunter nicht leiden und deswegen keinen Platz erhalten. Die Gemeinderätin wird sich die Sache nochmals anschauen.

Anfrage U. Weber, SVP: Vorgänge im APH Schlossacker und Langmatten

119

1. Weiss der Gemeinderat über diese Zustände Bescheid?

Heidi Ernst: Der Gemeinderat ist im Stiftungsrat vertreten und insofern orientiert.

2. Wie reagiert der GR auf diese Artikel?

Der GR hat am 23. Mai 2014 mit einer Stellungnahme reagiert. Darin begrüsst er die vom Stiftungsrat eingeleiteten Schritte. Die Schritte wurden in der Medienmitteilung erwähnt (u.a. externes Audit). Weiter wurde mitgeteilt, dass sich der GR wieder interveniert, falls die Ergebnisse nicht innert nützlicher Frist vorliegen.

3. Wurde mit der Leitung Kontakt aufgenommen? Wie nimmt die Heimleitung Stellung dazu?

Der Gemeinderat hat keinen direkten Kontakt zur Leitung des APH. Die strategische Leitung liegt beim Stiftungsrat. Für die Aufsicht sind der Kanton und die Stiftungsaufsicht beider Basel zuständig.

4. Wie gedenkt der Gemeinderat Einfluss auf den Betrieb zu nehmen? Was kann der GR zur Behebung der Missstände beitragen?

Es liegt in erster Linie beim Stiftungsrat, dass entsprechende Massnahmen eingeleitet werden. Dies ist mit dem erwähnten Audit in einem ersten Schritt geschehen. Wie erwähnt behält sich der GR weitere Massnahmen vor.

Heidi Ernst betont, dass nach dem Abgang der ehemaligen Heimleitung vom Stiftungsrat bereits Verbesserungsmaßnahmen in die Wege geleitet wurden – nicht erst nach dieser Pressekampagne.

5. Hat der GR vom beschränkten Besuchsrecht Kenntnis? War der GR bei der Aussprache des beschränkten Besuchsrechts beteiligt?

Nein, der GR hat keine Leitungs- und Aufsichtsfunktion. Im Interesse des Persönlichkeitsschutzes wäre dies auch nicht angebracht.

6. Wer sind die Verantwortlichen der Gemeinde, welche im Zeitungsartikel erwähnt werden?

Diese Frage müsste der Journalist beantworten. Im Stiftungsrat ist sie selbst, Heidi Ernst.

7. Werden personelle oder disziplinarische Konsequenzen gezogen? Wenn ja, welche?

Der Gemeinderat hat diesbezüglich keine Kompetenzen.

8. Wird nun eine externe, regelmässige Überprüfung stattfinden, damit solche Missstände nicht mehr stattfinden können?

Ja, das externe Audit wurde in Auftrag gegeben. Zudem sind die beiden Aufsichtsorgane Stiftungsaufsicht und Gesundheitsdirektion informiert.

9. Besteht nicht die Möglichkeit, dass die Bewohner im Altersheim eine ausgewogene und vielseitige Mahlzeit bekommen dürfen?

Es steht ausser Diskussion, dass die Qualität der Mahlzeiten in beiden Altersheimen stimmen muss. Auch diesbezüglich wurden Massnahmen eingeleitet.

Gemeinderätin Heidi Ernst macht eine Schlussbemerkung: Am Samstag wurde in einer grossen Zeitung behauptet, sie würde das Thema im Gemeinderat unter dem Deckel halten und nichts dazu sagen. Die Gemeinderätin betont, dass der Gesamt-Gemeinderat ganz klar Stellung bezogen und bestätigt hat, dass kein Gemeinderatsmitglied diese Information an die Presse weitergegeben hat, weil sie schlicht nicht wahr ist.

1. Weshalb budgetiert der Gemeinderat keine Bussgeldeinnahmen für Littering?

Gemeinderätin Mirjam Schmidli: Für Littering existiert kein spezielles Konto im Budget. Die Bussenerträge für Littering sind relativ klein und werden darum unter dem allgemeinen Budgetposten subsummiert.

2. Ist es so, weil noch keine Bussen verteilt wurden?

Die Feststellung und Überführung von fehlbaren Personen ist bei Litteringvergehen in der Regel schwierig. Trotzdem wurden in 2013 mehrere Personen wegen Übertretungen gebüsst.

3. Was unternimmt der Gemeinderat, um die Situation zu verbessern?

Der kantonale Bussenkatalog ist zur Zeit in Überarbeitung. Es sollen unter anderem auch höhere Bussen für Littering ausgesprochen werden können.

4. Anfangs des Jahres wollte ich vom Gemeinderat wissen, wie es mit der Übernahme der Reinigung der Kantonsstrassen aussieht.

Gemeinderat Urs-Peter Moos, ist nicht bekannt, wann, wie und auf welche Art man dies wissen wollte. Es besteht auch kein Auftrag des Einwohnerrats. Die Reinigung der Kantonsstrassen liegt beim Kanton. Deshalb hat er den entsprechenden personellen Aufwand und die dafür nötigen Maschinen. Urs-Peter Moos ist nicht klar, wo mit der Übernahme dieser Aufgabe der Effekt für Binningen sein soll. In der jetzigen Situation setzt die Verwaltung Prioritäten und übernimmt nicht noch Arbeiten, bei denen unklar ist, inwiefern sie sich rentieren.

Anfrage Ch. Anliker: Tore von Binningen**117**

1. Weshalb wurde das Tor im Eingangsbereich der Verwaltung ersetzt?

Mirjam Schmidli: Das Gitter ragte aufgrund von Sicherheitsvorschriften (Abstand von der Treppe) in den Eingangsbereich und war deshalb optisch störend. Dies wurde von verschiedenen Seiten reklamiert. Zudem erfüllte das Tor seinen Zweck, das Kanalisieren der Besucher/innen in der Verwaltung zum Empfang hin, nicht erfüllt.

2. Wer hat dies in Auftrag gegeben?

Der Auftrag wurde vom Gemeindeverwalter Nicolas Hug erteilt.

3. Was kostete das Ganze?

Die Gesamtkosten belaufen sich auf 4557 Franken.

4. Seiteneingang Kronenmattsaal: Wer hat dies in Auftrag gegeben?

Da der Eingangsbereich der Musikschule ausserhalb der Öffnungszeiten und an Wochenenden oft von Jugendlichen als Treffpunkt mit den entsprechenden Verunreinigungen und Lärmbelästigungen der Nachbarn genutzt wurde, hat sich die Gemeinde entschlossen, diesen gedeckten Bereich mittels Rolltor zu schliessen. Das Tor wurde im Budget 2013 genehmigt.

5. Wie viel hat das gekostet?

Die Gesamtkosten belaufen sich auf CHF 10 752.

Anfrage St. Glaser/R. Moll, parteilos: Schlossrampe

121

Gemeindepräsident Mike Keller: In der Anfrage geht es um die Beheizung der Rampe. Die Rampe kann man nicht beheizen, doch wurden während des Baus Leerröhren eingelegt mit der Idee, die Abwärme der Küchengeräte zu nutzen, um eine minimale Erwärmung der Oberfläche sicherzustellen. Dies aus dem Grund, weil schwierig abzuschätzen ist, ob die kalte Oberfläche ein Problem darstellen könnte. Weil man nicht im Voraus Investitionen tätigen wollte, hielt man sich so diese Option offen. So ist eine spätere Wärmeschleife realisierbar, jedoch noch nicht installiert. Da der vergangene Winter relativ warm war, gab es keine Schwierigkeiten.

Präsident Stefan Kaiser schliesst die Sitzung um 22.08 Uhr.

Die nächste Sitzung findet statt am Montag, 30. Juni 2014, 19.00 Uhr.